



Eröffnungsrede

Franziska Roth, Parteipräsidentin

es gilt das gesprochene Wort

Ihr habt es sicher mitbekommen, das Hin und Her wem Munziger heute wohl eher aufs Parteipferd steigen würde: Der FDP oder der SVP. Sie organisierten beide Parteien einen Grossaufmarsch nach Balsthal und stürmten die Rösslitreppe auf der Munziger 1830 zur Vaterfigur des Solothurner Freisinns wurde.

Und jetzt, liebe Genossinnen und Genossen jetzt kommt es ganz dick: Die FDP will das Rad der Zeit zurückdrehen! Und zwar nicht Zahn um Zahn, sondern mit einem Schwung zurück in die Feudalherrschaft. 100-Jahr-nach dem Landesstreik wird ein überparteilicher Auftrag unter der Federführung vom VSEG im Kantonsrat eingereicht, der den Gemeinden erlauben soll, die Proporzwahl wieder abzuschaffen. 100 Jahre älter und kein bisschen weiser! Gopferdori nomou das gits doch nid. Ich habe gemeint, ich höre nicht richtig und habe nachgefragt. Ja, ein Gemeindepräsident und Kantonsrat hat es mir bestätigt: „Viele Gemeinden machen eben Sachpolitik und nicht Parteipolitik, da ist es nur richtig, dass man Köpfe und nicht Parteien wählt.“ Sagte er. Ich kanns nicht mehr hören, ja wirklich. Die teilweise Abschaffung der Majorzwahlen war eine der wichtigsten Forderungen des Streikkomitees und wurde danach auch als erstes realisiert: Die Nationalratswahlen von 1919 wurden erstmals im Proporzverfahren durchgeführt. In langen Kämpfen wurde in den letzten 100 Jahren im Kanton Solothurn der Proporz verbessert. Erst in den 1990er-Jahren wurde der Solothurner Proporz, der nur die herrschende Partei berücksichtigte schliesslich durch den Nationalratsproporz ersetzt. Und jetzt soll alles wieder rückgängig gemacht werden? Was für ein Theater. Man finde halt fast keine Parteimitglieder mehr, so der Tenor von FDP und CVP. Ob man Leute findet oder nicht, das hat nichts mit dem Wahlsystem zu tun, sondern mit dem Einsatz der Partei selber. Weshalb sollten denn plötzlich Leute für politische Ämter kandidieren, wenn diese nach dem Majorz ermittelt werden, die sich dem vorher unter dem Proporz noch verweigert hatten? Weshalb sollten denn mit dem Majorzsystem die besseren Leute gewählt werden als mit dem Proporzsystem? Und dann kommen sie mit dem Argument: Persönlichkeitswahl! Wir wählen Köpfe nicht Parteien, bei uns wird Sachpolitik gemacht und so weiter. Wie undemokratisch ist das denn! Noch lang nicht jede Person, die sich im Majorz zur Wahl stellt, ist auch eine Persönlichkeit. Oft sind es einfach die besten Stimmenmaximierer die sich sehr gut verkaufen können, die für sich selber aber nicht für die Partei Geld fliessen lassen, sprich die gefährlichen Opportunisten. Der Gemeinderat ist und bleibt ein Gremium. So neutral wie das jetzt dargestellt wird ist Sachpolitik nie. Sie kann und sollte nie unabhängig von politischen Grundhaltungen vertreten werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen deshalb auch wissen wo jemand steht. Darum haben auch die vielen freien Wählergemeinschaften in den Gemeinden selten eine lange Lebensdauer.

Um Politisches Leben im Dorf zu reaktivieren braucht es echte politische Diskussionen. Die Höhe der Steuern, die Höhe der Gebühren, die Frage, ob man eine Kita führen soll etc. etc. sind schliesslich politische Fragen, denn auch bei Sachentscheiden spielt der politische Hintergrund einer Person bzw. deren «Grundtenor» eben oft doch ein Rolle; die Leute sollen und wollen wissen, wo jemand grundsätzlich steht. Der Proporz schafft also mehr Transparenz schon zum Vornherein



Eine demokratische Gesellschaft braucht den Wettbewerb der Ideen darüber, wie wir sie gestalten wollen. Die Parteien entstanden aus einer ideellen Grundhaltung. Zwei Wesensmerkmale prägen sie: Sie setzen ihre Vorstellungen konkret um und übernehmen dazu Verantwortung in Parlament und Regierung. Volksparteien wollen die Gesellschaft gestalten und in allen gesellschaftlichen Bereichen Einfluss nehmen. Dazu braucht es Menschen, die ihre Ideen aufgrund ihrer Weltanschauung formulieren, sie entwickeln und sich dazu mit anderen zusammentun. Das führt zu Parteilichkeit, nämlich zur eigenen Überzeugung zu stehen und für sie zu kämpfen. Keine Partei hat die alleinige Wahrheit für sich gepachtet. Ein Wettbewerb der "Teile", also der Parteien und ihrer Ideen ist Voraussetzung für die Erneuerung in der Demokratie. Eine Einheitspartei oder eben eine Parteilosigkeit ist ein Widerspruch in sich selbst. Mit anderen Worten, eine Demokratie braucht politische Vielfalt und den Wettstreit der Ideen.

Liebe Genossinnen und Genossen eigentlich habe ich einer Frau versprochen, dass wir im Wahlkampf nicht auf die anderen Parteien schiessen, sondern mit unseren Themen trumpfen. Sie meinte zu mir:

„Aber gäu Rosso, mached de nid dr Fähler und hacked bi de Wahle nume uf dr SVP ume, das macht euch de unsympathisch, bringed euchi eignede Sache und Fakte! Es si immer verschiedeni Politikerinne und Politiker wo üeses Land präge und verantwortlich si, dass es us guet geit!“

Das passt grad schön zu meinem Entsetzen über das Vorhaben die Parteien quasi abzuschaffen. Reden wir also mal vom WIR und nicht von DENEN.

Also habe ich mir unsere Fakten und Sachen mal angeschaut und weil ich mal ganz neutral und parteilos feststellen will, sage ich als amtierende Politikerin WIR. Was haben wir in den letzten 3 Jahren in Bern und im Kanton so alles für UNS getan:

"Wir" kürzen die CH-Armutsbekämpfung -72% 72 Prozent weniger Geld für die Armutsbekämpfung!

"Wir" kürzen Behinderten & Betagten 700 Mio. Fr. EL-Hilfe (bei 9,1 Milliarden Fr. Überschuss)

"Wir" kürzen den Sozialhilfe-Grundbedarf um -30%, damit sie von 5 Fr. pro Tag leben müssen.

"Wir" kürzen schweizweit die Prämienverbilligung

"Wir" erhöhen Krankenkassen-Franchisen 67% Patienten sollen in der Schweiz massiv stärker für die Gesundheitskosten aufkommen.

"Wir" stoppen die Krippenfinanzierung

"Wir" kürzen die AHV/IV-Kinderrenten um -25%

"Wir" streichen psychisch erkrankten U30-Jährigen die IV-Rente

"Wir" kürzen Deine Rente

"Wir" lassen die Schweizer Bevölkerung länger arbeiten (fein raus ist nur, wer sich leisten kann)

"Wir" beginnen den Arbeitstag neu um 4 Uhr morgens und streichen den Nachtzuschlag Primin Bischof hat mitunterzeichnet Er ist Sekretär des Staatspersonalverbandes!!!

"Wir" lassen Versicherungen im Schadensfall einseitig den Vertrag kündigen

«Wir» schaffen die Privatsphäre ab (ausser für Steuerflüchtlinge)

"Wir" sparen das Bildungswesen kaputt



"Wir" höhlen den Mieterschutz aus
"Wir" privatisieren das Trinkwasser
"Wir" weichen den Arbeitnehmerschutz auf
"Wir" bezahlen Pflegekräfte und Altenpfleger mies
"Wir" lehnen die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ab
"Wir" lassen reiche Ausländer den Aufenthalt in der Schweiz mit Geld kaufen
"Wir" finanzieren den Konzernen ihre Steuern
"Wir" lehnen als Schweiz das weltweite Atomwaffen-Verbot ab
"Wir" liefern die Waffen für Bürgerkriege

Wir haben in den letzten 3 Jahren in Bern Geld ausgegeben, um die Armut zu steigern!
WIR schlagen zu! Und dies mit der grossen Keule! SV 17 oder STAF wenn ihr wollt!

Schweizweit klingt es gleich, wir wollen die tiefsten Steuern für Unternehmen aber, der Bund, die Kantone und die Gemeinden müssen sparen. Doch schauen wir mal genau hin. Wer befiehlt eigentlich, dass in Spitälern weniger Personal mehr Patienten betreuen, dass weniger Lehrer grössere Schulklassen unterrichten, dass die Tarife für Öffentliche Dienste steigen? Es sind die Leute, die sich ein Privatspital leisten können. Es sind die Leute, die ihre Kinder in Privatschulen schicken. Es sind die Leute, die sich mit einem Chauffeur herumkutschieren lassen und keinen ÖV benutzen. Aber wenn dieser Chauffeur feststellt, dass sein Kind weniger Deutschlektionen bekommt, antwortet der edle Herr, der im Tesla mit 700 PS hinten rechts sitzt: „Der Staat muss sparen.“

Ich frage mich, was bestimmen WIR als Nächstes? Dass Steuerhinterziehung ein Menschenrecht ist?

Liebe Genossinnen und Genossen, warum in Gottes Namen dreht sich das Rad der Zeit trotz Aufklärung in die Feudalherrschaft zurück?

Jeder und Jede von uns muss sich selber antworten ob er oder sie zu dem WIR gehört, das in seiner Mehrheit Dinge beschliesst, die ganzen Bevölkerungsgruppen weh tun.

Ich sage Euch, es ist die Zeit STOPP zu sagen, es ist die Zeit eintönig zu wählen und Farbe zu bekennen. Es ist die Zeit den Menschen rote Fragen zu stellen: Wie steht ihr zur Bundesverfassung in der steht, dass die Stärke unseres Landes sich am Wohle der Schwachen misst? Wie verhindert ihr, dass unser Land Workingpoor hat? Wie garantiert ihr, dass Gesundheit für alle Familienmitglieder in einer alternden Gesellschaft das letzte Gut ist und auch finanzierbar bleibt?

Farbe bekennen befreit! Ich kann mir nicht vorstellen, nicht rot zu sein, aber ich kann mir sehr wohl ausmalen, dass andere Farben mein Bild von der Welt konturieren. Ich erwähne gerne und manchmal mit Stolz, dass ich Sozialdemokratin bin. Und darum schlagen wir euch heute ein Zusatztraktandum vor. Wir, die Präsidien von Partei und Fraktion bitten euch zusammen mit uns um das Verabschieden einer Resolution. Und somit zum Farbe bekennen für eine der wichtigsten Forderungen des Landesstreiks: Die Beibehaltung des Proporz bei Gemeindewahlen.